



51. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Gremium: Ausschuss für Gesundheit und Soziales
Sitzungstermin: Dienstag, 17.12.2013, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Bericht über den aktuellen Stand der Bürgerarbeit
- 5 Vorstellung des Projektes "Reboot"
- 6 Weiterführung der Arbeit von Bogen e.V.
- 7 Vorstellung der Servicestelle für Menschen mit Behinderung
- 8 Förderung sozial- und gesundheitsfürsorglicher Angebote 2014
- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Management Wohnen Fraktion DIE LINKE
13/SVV/0684
- 10 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Nichtöffentlicher Teil

- 11 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2013



Niederschrift

50. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.11.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:45 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.041, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Sitzungsleitung
-------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	
Frau Maike Dencker	CDU	ab 18:30 Uhr
Frau Hala Kindelberger	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Morgenroth	SPD	ab 18:10 Uhr
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	

sachkundige Einwohner

Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	ab 18:15 Uhr
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE	
Herr Steffen Koczott	SPD	
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat	
Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Ge- schäftsbereich 3	
---------------------------------	--------------------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Ralf Otto	SPD	entschuldigt
Frau Jutta Busch	SPD	nicht entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Die Andere	entschuldigt
Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt

Herr Ronny Besancon	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	entschuldigt
Herr Björn Karl	FDP	entschuldigt
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis	entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	entschuldigt

Gäste:

Frau Dr. Brigitte Lotz	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Magdolna Grasnack	Beauftragte für Migration und Integration
Herr Christoph Richter	Beauftragter für Menschen mit Behinderung
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales und Gesundheit
Frau Uta Kitzmann	Bereich Gesundheitssoziale Dienste
Frau Anke Schultka	Bereich Gesundheitssoziale Dienste
Frau Juliane Nachtmann	FB Gesundheit und Soziales
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.10.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Situation der Senioren/-innen in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0499
Fraktion Potsdamer Demokraten
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Externe Untersuchung zur Vergabe von Eingliederungshilfen
Vorlage: 13/SVV/0098
Fraktion Die Andere
- Wiedervorlage -
- 5.2 Sicherung der Flüchtlingsberatung
Vorlage: 13/SVV/0525
Fraktion Die Andere
- Wiedervorlage -
- 5.3 Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
Vorlage: 13/SVV/0601
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.4 Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
Vorlage: 13/SVV/0609
Fraktion DIE LINKE
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"
Vorlage: 13/SVV/0708
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 6.2 Wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam - Zeit- und Arbeitsplan
Vorlage: 13/SVV/0676

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.10.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Schulze stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 22.10.2013

Da es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt, bittet Frau Schulze um Abstimmung über die vorliegende Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Schulze informiert, dass die Fraktion Die Andere darum bittet, den Antrag 13/SVV/0525 (Sicherung der Flüchtlingsberatung) erneut zurückzustellen. Aufgrund des Trägerwechsels der Flüchtlingsberatungsstelle soll in Abstimmung zwischen dem Träger und der Verwaltung die Vorstellung der Arbeit im 1. Quartal 2014 erfolgen. Somit muss dem Büro der Stadtverordnetenversammlung angezeigt werden, dass der Antrag bereits dreimal zurückgestellt wurde und nun entschieden werden muss, wie damit umgegangen werden soll.

Des Weiteren teilt Frau Schulze mit, dass die Drucksache 13/SVV/0708 (Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012") aufgrund der Erkrankung von Frau Trauth-Koschnick vertagt wird.

Frau Schulze schlägt vor, die Drucksachen 13/SVV/0601 und 13/SVV/0609 „Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales“ (TOP 5.3 und 5.3) aufgrund des inhaltlichen Zusammenhanges gemeinsam zu behandeln.

Abschließend informiert sie, dass zusätzlich ein nicht öffentlicher Tagesordnungspunkt „Information der Verwaltung“ aufgenommen werden soll.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Informationen der Verwaltung

Umzug Suppenküche

Frau Müller-Preinesberger berichtet, dass Umzug des Sozialen Zentrums der Volkssolidarität (Suppenküche) am 15.11.2013 erfolgt ist. Die Arbeit läuft ruhig und einvernehmlich. Die Versorgung erfolgt über die Cateringgesellschaft des Klinikums „Ernst von Bergmann“.

Parallel laufen bereits die Abstimmungen zum Raumprogramm für den Neubau, der auf dem Verwaltungscampus errichtet wird.

Aufnahme von Flüchtlingen

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Zuweisungsquote für syrische Flüchtlinge für 2013 jetzt vorliegt. Danach sind 12 Personen aufzunehmen. Dies erfolgt zusätzlich zu den 195 durch die LHP im Jahr 2013 aufzunehmenden Flüchtlingen.

Sie berichtet, dass die Trägerauswahl für das Wohnungsverbundsystem in der Haeckelstraße erfolgt ist. Träger des Wohnungsverbundes ist der Internationale Bund (IB). Der IB hat bereits seine Arbeit aufgenommen. Die ersten Asylsuchenden werden in den nächsten Tagen in der Haeckelstraße einziehen. Es wird davon ausgegangen, dass die Wohnungen in der Haeckelstraße ausgelastet sein werden.

In Vorbereitung des Einzuges findet am 25.11.2013 eine Einwohnerversammlung statt. Die Einladungen an die Anwohner sind bereits durch den Außendienst des Ordnungsamtes verteilt.

Auch das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West hat die Arbeit aufgenommen, um die Begrüßung der neu ankommenden Flüchtlinge zu begleiten.

Abschließend erinnert Frau Müller-Preinesberger, dass in der Sitzung am 22.10.2013 im Zusammenhang mit der Information über den Stand der Unterbringung von Asylsuchenden auch auf die nicht ausreichende Kostenerstattung für behinderte und schwerkranke Asylsuchende berichtet wurde. Um diese Kosten zu ermitteln, ist eine händische Auswertung aller Akten erforderlich. Da vorrangig die Leistungen für die Asylsuchenden zu sichern sind, wird dies noch etwas andauern. Nach Abschluss erfolgt so schnell wie möglich eine Information im Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

Krankenhausaufenthalte von Menschen mit Behinderung

Herr Richter teilt mit, dass derzeit ein gemeinsamer Termin mit den Krankenhäusern vereinbart wird, der möglichst noch in diesem Jahr stattfinden soll.

An dem Gespräch werden Vertreter des Behindertenbeirates, Frau Müller-Preinesberger, Frau Schulze, die Qualitätsmanager bzw. Pflegedienstleiter der

Krankenhäuser und er selbst teilnehmen.

Auf den von Frau Sudhoff geäußerten Wunsch, auch an dem Gesprächstermin teilnehmen zu können, erinnert Frau Schulze daran, dass bereits im GS-Ausschuss am 22.10.2013 beraten wurde, wer an dem Termin teilnimmt. Das Ergebnis des Gesprächs wird dann im Ausschuss vorgestellt, um anschließend im Behindertenforum informieren zu können.

zu 3 Berichte aus den Beiräten

Seniorenbeirat

Der Bericht wurde allen Ausschussmitgliedern im Vorfeld per E-Mail zugesandt. Herr Puschmann berichtet über die Beiratssitzung vom 19.11.2013, an der auch ein Pressevertreter teilgenommen hat. Die Neuwahl des Seniorenbeirates findet voraussichtlich im September/Oktober 2014 statt. Hierzu werden dringend neue Mitglieder benötigt.

Des Weiteren berichtet er, dass die barrierefreie Gestaltung der Gartenstadt Drewitz vorgestellt wurde. Der Seniorenbeirat wird eine Fortbildung zum Thema „Medienwirksame Arbeit“ durchführen.

Abschließend berichtet Herr Puschmann über eine Seniorenwohngemeinschaft bei der Wohnungs-Genossenschaft 1903, in der drei bis vier ältere Menschen zusammen wohnen.

Behindertenbeirat

Der Bericht liegt allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Herr Schmarje ergänzt, dass es sich hierbei um die ganz „normale“ Arbeit des Behindertenbeirates handelt. Bezüglich der Anmerkungen zur Überarbeitung des Blindenleitsystems im Klinikum „Ernst von Bergmann“ teilt Frau Müller-Preinesberger mit, dass sie dazu Kontakt zur Geschäftsführung aufnehmen wird. Auf Nachfrage teilt Herr Schmarje mit, dass einige Mängel am Wissensspeicher bereits abgestellt sind. Die Mängel, die aufwändigere Maßnahmen erfordern, brauchen etwas Zeit.

Migrantenbeirat

Auf die Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, ob bereits ein Vertreter des Migrantenbeirates für den Ausschuss für Gesundheit und Soziales gefunden wurde, erklärt Frau Kindelberger, dass dies bisher leider nicht möglich war. Der Ausschuss erklärt sich einverstanden damit, dass bis zum Ende der laufenden Wahlperiode Frau Kindelberger in ihrer Funktion als Vorsitzende des Beirates den Ausschuss weiterhin informieren wird.

Sie informiert, dass der Migrantenbeirat die bereits in den letzten Sitzungen angesprochenen Themen auch weiterhin bearbeitet. Es wird auch an mehreren Unterlagen für Willkommen von Menschen mit Migrationshintergrund gearbeitet.

Sie betont, dass sich der Migrantenbeirat auf die Zusammenarbeit mit dem Träger des Wohnungsverbundes in der Haackelstraße freut, da dieser die Landschaft der Arbeit mit Asylbewerbern bereichert.

Herr Schultheiß dankt dem Ausschuss, dass dieser sich mit der Großen Anfrage befasst, aber auch der Verwaltung für die umfassende Beantwortung. Er geht kurz auf die einzelnen Fragebereiche ein und erläutert diese. Dabei weist er darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam im Vergleich der Landeshauptstädte bei der Versorgung mit Pflegeplätzen für Senioren auf dem drittletzten Platz ist. Hier sollte aus seiner Sicht gegen gesteuert werden.

Des Weiteren sollte die finanzielle Situation der Senioren genauer betrachtet werden, da die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter für Potsdam im Vergleich sehr gering ist. Hier sollte bedacht werden, dass Anträge auf Grundsicherung von den Betroffenen aus Unkenntnis oder Scham nicht gestellt werden.

Ein weiteres Problem sieht er bei den langen Wartezeiten z.B. für Termine bei Augenärzten oder anderen Fachärzten. Auch hier sollte von Seiten der LHP geprüft werden, wie eine Verbesserung erzielt werden kann.

Abschließend regt Herr Schultheiß an, in Potsdam das seniorenfreundlichste Geschäft zu küren.

Frau Müller-Preinesberger orientiert auf die schriftliche Beantwortung der Großen Anfrage. Sie weist darauf hin, dass die Kosten für Grundsicherung ab Januar 2014 zu 100 % vom Bund erstattet werden, nicht aber die erforderlichen Personalkosten. Für Ausreichung der Grundsicherung gibt es eine gesetzliche Grundlage. Hier ist das jeweilige Einkommen entscheidend. In der schriftlichen Beantwortung sind auch die Stellen aufgeführt, die Beratungen zur Grundsicherung durchführen. Die Zugangssituation zu den Leistungen ist recht transparent. Auch die Stiftung Altenhilfe kann durch ältere bedürftige Menschen genutzt werden und wird genutzt.

Bezüglich der dargestellten Versorgungssituation mit stationären Pflegeplätzen macht sie deutlich, dass die von Herrn Schultheiß erwähnte Statistik nicht belastbar ist und keine Rückschlüsse zulässt. Ziel ist es, dass die Menschen so lange und so selbstbestimmt wie möglich in der eigenen Wohnung leben. 75 % der älteren Menschen leben derzeit in der eigenen Häuslichkeit und werden dort gepflegt, 25 % werden in Heimen betreut. Die LHP richtet sich hier nach den Bedarfen. Derzeit gibt es eine gute Pflegeausstattung in der LHP. Zukünftig wird sich die LHP bei der Schaffung von weiteren Pflegeplätzen auf gerontopsychiatrische Plätze konzentrieren.

Zur ärztlichen Versorgung verweist Frau Müller-Preinesberger auf den neuen Versorgungsplan der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin-Brandenburg (KVBB) für Haus- und Fachärzte. Danach überschreitet die LHP bereits die Grenze zur Überversorgung (siehe Tischvorlagen). Dies hat zur Folge, dass kein Hausarzt, der sich in der LHP niederlassen möchte, eine Niederlassungserlaubnis bekommt. Gleiches gilt für die Fachärzte. Dazu kommt, dass die Ärzte die Möglichkeit haben, selbst zu wählen, wo im Stadtgebiet sie eine Praxis eröffnen. Hier hat die LHP keinen Einfluss.

Herr Puschmann nimmt Bezug auf die in der Großen Anfrage angesprochene Auslobung des seniorenfreundlichsten Geschäftes und weist darauf hin, dass auf Initiative des Seniorenbeirates seit 2009 in Potsdam bereits viele Unternehmensfilialen zertifiziert wurden. Es wird u.a. darauf geachtet, dass der barrierefreie Einkauf für alle Kunden möglich ist und Sitzmöglichkeiten sowie Toiletten vorhanden sind. Ab 2010 gibt es das bundesweite Gütesiegel „Generationenfreundliches Einkaufen“. Die Zertifizierung erfolgt anhand eines Kriterienkataloges. Auch hier ist der Seniorenbeirat immer aktiv mit einbezogen.

Auf die Nachfrage, wie viele wohnungssuchenden Senioren es in der LHP gibt, warum so viele Fehlbelegungen von Wohnraum vorhanden sind und was die Stadt unternimmt, um älteren alleinstehenden Menschen, die kleineren Wohnraum suchen, Hilfestellung zu leisten verweist Frau Müller-Preinesberger auf das Stadtentwicklungskonzept Wohnen

Sie macht deutlich, dass Angebote bei den Genossenschaften und der GEWOBA gibt, um ältere Menschen zu motivieren, in kleinere Wohnungen zu ziehen. Ob die Menschen dies annehmen oder nicht, ist nicht zu beeinflussen. Auch den Wohnungsunternehmen kann man dieses nicht aufdiktieren. Es gibt aber auch private Unternehmen, die entsprechend Förderungen vornehmen, dies aber nicht öffentlich kund tun. Ein großes privates Unternehmen arbeitet hier sehr eng mit der LHP zusammen und stellt auch kostengünstigen Wohnraum für Asylsuchende zur Verfügung.

Auf den Hinweis, dass die Stadt im Verbund mit dem Land versuchen sollte, eine Änderung bezüglich der ärztlichen Versorgung herbeizuführen und hier insbesondere auch die eingemeindeten Ortsteile sowie deren Anbindung an den ÖPNV zu betrachten, macht sie darauf aufmerksam, dass die Verwaltung nicht Einfluss nehmen kann, da es klare rechtliche Regelungen gibt.

Auf die Frage, ob für die freiwillige und ehrenamtliche Arbeit in den gut funktionierenden Netzwerkstrukturen im Bereich der Betreuung und des menschlichen Miteinanders die Möglichkeit besteht, Anreize zu schaffen und z.B. Stiftungen zu gründen, erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass das ehrenamtliche Engagement in der LHP großartig und sehr breit gefächert ist. Nicht alle, die ehrenamtlich engagiert sind, wollen organisiert sein. Hier kann aus ihrer Sicht kein Defizit erkannt werden.

Auf die Nachfrage zur gewaltfreien Pflege und zur Erstellung des Seniorenplanes geht Frau Nachtmann (FB Soziales und Gesundheit) ein. Sie informiert, dass geplant ist, den Seniorenplan über das gesamte Jahr 2014 zu erarbeiten. Dazu soll auch in die Stadtteile und Sozialräume gegangen werden, um mit älteren Menschen ins Gespräch zu kommen. Für 2014 stehen dafür 10.000 Euro zur Verfügung.

Frau Nachtmann bietet an, ab Februar/März 2014 regelmäßig einmal im Quartal im Ausschuss für Gesundheit und Soziales über den aktuellen Stand zu informieren. Die entsprechende Zeitschiene kann noch in diesem Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Frau Schulze bittet darum, dass dann immer im Vorfeld eine schriftliche Ausreichungen erfolgt.

Frau Nachtmann teilt mit, dass für Senioren keine Anlaufstelle gibt, an die sich Betroffene von Gewalt in der Pflege wenden können. Dazu gibt es bisher keine rechtliche Handhabe. Dies soll aber auf Bundesebene angestoßen werden, um gesetzliche Vereinbarungen zu schaffen. Die LHP versucht, den Prozess zu unterstützen und Strategien aufzubauen. Auch Krankenkassen, Pflegekassen und MDK beteiligen sich. Dies soll dann vorrangig im ambulanten Bereich angewendet werden, da es im stationären Bereich entsprechende Mechanismen gibt.

Abschließend wird festgestellt, dass die Situation für Senioren in der Landeshauptstadt Potsdam gut ist, aber auch in einigen Bereichen Verbesserungen möglich sind. So muss z.B. der Teilhabeplan umgesetzt werden.

Es gibt eine gute ehrenamtliche Arbeit in Potsdam, die besser vermarktet werden sollte.

Die soziale Verantwortung gegenüber Sozialbedürftigen wie z.B. die Ansiedlung der Suppenküche auf dem Gelände der Verwaltung, die einmalig ist, ist sehr zu begrüßen.

zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 5.1 **Externe Untersuchung zur Vergabe von Eingliederungshilfen**

Vorlage: 13/SVV/0098

Fraktion Die Andere

- Wiedervorlage -

Frau Kitzmann (Bereich Gesundheitssoziale Dienste) verweist auf die Präsentation, die sehr aufschlussreich ist und durch Frau Schultka als zuständige Sachbearbeiterin vorgetragen wird.

Frau Schultka (Bereich Gesundheitssoziale Dienste) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die wichtigen Eckpunkte in der Bearbeitung der Anträge vor. Sie verweist dabei auf die beiden Voraussetzungen, die unbedingt vorliegen müssen und erläutert diese. Sie macht deutlich, dass es nicht darum geht, Gelder zu sparen. Es muss immer geprüft werden, ob die Voraussetzung bei dem jeweiligen Kind vorliegen. Anschließend gibt sie einen Überblick über die Leistungen nach § 35a SGB VIII und erklärt die primären Aufgaben der Verwaltung im Rahmen der Leistungen nach § 35a SGB VIII. Sie erläutert die Verfahrensweise bei der Bearbeitung von Anträgen auf Lerntherapie und erklärt, dass bei einer Entscheidung, die von der Einschätzung der Diagnostiker abweicht, immer eine gemeinsame Beratung des Falls erfolgt.

Im Falle der Ablehnung des Antrages werden die Eltern grundsätzlich beraten und ihnen bei Notwendigkeit andere Hilfen vorgeschlagen.

Herr Szilleweit geht kurz auf den Anlass der Antragsstellung ein und verweist auf die Beantwortung einer vorangegangenen Kleinen Anfrage zu diesem Thema. Da viele Punkte des Antrages bereits umgesetzt sind, **wird der Antrag zurückgezogen.**

zu 5.2 **Sicherung der Flüchtlingsberatung**

Vorlage: 13/SVV/0525

Fraktion Die Andere

- Wiedervorlage -

Der Antrag wird zurückgestellt.

zu 5.3 **Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales**

Vorlage: 13/SVV/0601

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Schulze weist darauf hin, dass die Drucksachen 13/SVV/0601 und 13/SVV/0609 gemeinsam behandelt werden.

Frau Kindelberger bringt den Antrag 13/SVV/0601 ein und begründet diesen kurz. Sie weist darauf hin, dass der Begriff „Integration“ in „Inklusion“ geändert werden

muss. Der Ausschuss soll also die Bezeichnung „Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion“ führen.

Frau Schulze bringt den Antrag 13/SVV/0609 ein und macht deutlich, dass Fraktion DIE LINKE in Anlehnung an das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt den Ausschuss derart umbenennen möchte.

Herr Richter informiert, dass die Anträge auch im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt diskutiert wurden. Dabei wurde festgestellt, dass es sich um ein Querschnitts-Thema handelt, das in vielen Fachausschüssen thematisiert werden sollte. Nach der Kommunalwahl 2014 sollte überlegt werden, ob ggf. auch andere Ausschüsse entsprechend umzubenennen sind.

Herr Puschmann erklärt, dass sich der Seniorenbeirat ebenfalls mit den beiden Anträgen befasst hat und die Zurückstellung der Anträge empfiehlt.

Frau Schulze schlägt vor, die Bildung und Benennung der Fachausschüsse der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung zu überlassen und bis dahin die Anträge zurückzustellen. Dies sollte in den Fraktionen beraten und anschließend signalisiert werden, ob die Anträge ggf. zurückgezogen und in der neuen Wahlperiode erneut gestellt werden sollen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Zurückstellung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 5.4 Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
Vorlage: 13/SVV/0609
Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Zurückstellung des Antrages (siehe DS 13/SVV/0601).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"
Vorlage: 13/SVV/0708
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 6.2 Wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam - Zeit- und Arbeitsplan

Vorlage: 13/SVV/0676

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Latacz-Blume (FB Soziales und Gesundheit) bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese. Sie verweist auf den Zeitplan und macht darauf aufmerksam, dass im Aust 2014 ein erster Zwischenbericht gegeben wird. Im März 2015 wird es einen zweiten Zwischenbericht geben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Herr Richter informiert, dass am 03.12.2013 das 1. Zusammenkunft (Kick off Veranstaltung) des Inklusionsgremiums mit Vertretern der Beiräte, der Fraktionen sowie der Verwaltung zur Umsetzung des Teilhabeplanes durchgeführt wird. Eine Einladung dazu erfolgt noch.

Er weist darauf hin, dass am 28.11.2013 von 9:30 bis 15:00 Uhr im T-Werk der Fachtag "Für Frauenrechte - Wege ebnen" am 28.11.2013 stattfindet. Die Einladung dazu wurde allen Ausschussmitgliedern per E-Mail über Frau Spyra zugeleitet.

Frau Schulze schlägt vor, die Dezember-Sitzung des Ausschusses am 17.12.1013 beim Lebenshilfe Potsdam, Potsdam-Mittelmark e.V. in Drewitz durchzuführen.

Herr Schultheiß spricht sich dafür aus, die Sitzung im Stadthaus durchzuführen.

Frau Schulze wird Kontakt zum Verein aufnehmen und per E-Mail über Frau Spyra alle Ausschussmitglieder informieren.

Frau Grasnick macht darauf aufmerksam, dass am 25.11.2013 der bundesweite Aktionstag gegen Gewalt an Frauen begangen wird. Aus diesem Anlass wird um 11:00 Uhr vor dem Stadthaus die Fahne gehisst.

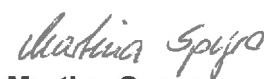
Am 20.11.2013, 15:00 Uhr eröffnet der Oberbürgermeister im Foyer vor dem Bürgerservice die Ausstellung „Total Real. Angekommen in Brandenburg“ des Vereins Gesicht zeigen. Hier wird das Leben von Migrantinnen und Migranten nach ihrer Ankunft in Deutschland gezeigt.

Herr Lack informiert, dass die Landeshauptstadt Potsdam zusammen mit der AWO am 02.12.2013 von 10:00 bis 14:00 Uhr einen Fachtag zum Thema Hortbausteine durchführen wird. Dieser findet im Hort Abenteuerland in der Waldstadt statt.

Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 17. Dezember 2013, 18:00 Uhr



Jana Schulze
Ausschussvorsitzende



Martina Spyra
Schriftführerin

*Ausschuss
für Gesundheit und Soziales am 17.12.2013*

TOP 8

**Förderung sozial- und
gesundheitsfürsorgerischer
Angebote 2014**

Lfd. Nr.:	Antragsteller	Projekt	V-lst 2013	Planung 2014	Antrag 2014	Vorschlag 2014	abgestimmte Bewertungspunkte	Bemerkungen
1	Autonomes Frauenzentrum	Beratungsstelle f. Frauen u. Mädchen	25.368,00	27.000,00	26.068,00	26.068,00	28	
2	Volkssolidarität	Soziales Zentrum (Suppenküche)	70.795,00	68.000,00	70.695,00	70.695,00	28	
3	Autonomes Frauenzentrum	Zufluchtswohnung	35.719,00	38.000,00	36.490,00	36.490,00	28	
4	Autonomes Frauenzentrum	Frauenhaus	151.369,00	163.000,00	98.439,38	98.440,00	27	PM beteiligt sich mit einer höheren Zuwendung, so dass die neuen Projekte lfd. Nr. 26-28 gefördert werden können.
5	Hoffbauer-Stiftung	ambulanter Hospizdienst	38.530,00	35.000,00	43.665,00	41.000,00	26	
6	Behindertenbeirat	Beiratsarbeit	6.598,00	7.500,00	7.315,00	7.315,00	26	
7	Seniorenbeirat	Seniorenbüro	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	24	
8	Sozialwerk	Beratungsstelle für Sehbehinderte	29.805,00	30.500,00	29.805,00	29.805,00	23	
9	Kreisverband d. Gehörlosen	Beratungsstelle	31.950,00	31.500,00	32.050,00	32.050,00	23	PM beteiligt sich mit der gleichen Summe
9a	Kreisverband d. Gehörlosen	Dolmetscher	900,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	21	
10	SEKIZ	Kontaktstelle Begegnungszentrum Freiwilligenagentur	127.669,00	128.500,00	139.669,00	133.669,00	22	
11	Ev. Kircheng. Babelsberg	Seniorenfreizeitstätte (Webentert)	26.000,00	26.000,00	26.000,00	26.000,00	22	
12	Paritätischer Wohlfahrtsverband	Haus der Begegnung Zum Teufelssee 30	131.000,00	131.000,00	147.000,00	139.000,00	22	
13	Volkssolidarität	Seniorenfreizeitstätte	35.000,00	37.000,00	36.000,00	36.000,00	21	
14	AWO	Seniorenfreizeitstätte	26.000,00	26.000,00	28.000,00	26.000,00	21	
15	Seniorenbeirat	21. Seniorenwoche	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	20	
16	ZWST	soziale Beratung jüd. Zuwanderer	41.000,00	42.000,00	42.500,00	42.000,00	20	
17	Alfred und Toni Dahlweid Stift.	Seniorenfreizeitstätte	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	19	

Plan Förderung freier Träger im FB 38 (Soziales und Gesundheit)
für das Jahr 2014

Lfd. Nr.	Antragsteller	Projekt	V-list 2013	Planung 2014	Antrag 2014	Vorschlag 2014	abgestimmte Bewertungspunkte	Bemerkungen
18	Stadtteilladen im Kirchsteigfeld	Stadtteilladen	25.000,00	24.000,00	28.000,00	26.000,00	19	
19	Seniorenbeirat	Broschüre Zeitzeugen	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	16	
20	Wir für uns	Begegnungsstätte	2.180,00	2.500,00	2.580,00	2.580,00	16	
21	Autonomes Frauenzentrum	Frauenhaus Nothilfonds	12.000,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00	ohne Bewertung SVV-Beschluss	
22	Volkssolidarität	Soziales Zentrum Weihnachtsfeier	550,00	500,00	550,00	550,00	im Gesamtprojekt ffd. Nr. 2 eingebunden	
23	Caritasverband	Allg. soziale Beratungsstelle	1.000,00	1.000,00	Vertrag	1.000,00	ohne Bewertung, da Vertragsregelung	
24	Diakonisches Werk Pdm.	Allg. soziale Beratungsstelle	1.000,00	1.000,00	Vertrag	offen	ohne Bewertung, da Vertragsregelung	
25	Potsdamer Tafel	Ausgabestelle Drewitzer Str.	17.435,90	26.000,00	22.500,00	22.500,00	ohne Bewertung SVV-Beschluss	
26	Sinfonieorchester	für Senioren Präventives	0,00	0,00	2.000,00	2.000,00	20	Neuprojekt
27	Soziale Stadt e.V.	Antisocialen und Solvenz training	0,00	0,00	6.625,00	6.625,00	23	Neuprojekt
28	Potsdam West e.V.	Integrationsprojekte	15.000,00	0,00	25.000,00	25.000,00	noch in Abstimmung Konzeption für 2014 folgt noch	Neuprojekt
Summe soziale Projekte			865.868,90	873.000,00	877.951,38	857.787,00		
29	LAFIM	2. Angehörigengruppe Demenz	1.000,00	1.000,00	2.794,04	1.000,00	20	
30	LAFIM	Heiferinnenkreis	1.200,00	1.200,00	2.192,45	1.200,00	22	
31	LAFIM	Beratungsstelle	7.350,00	7.350,00	15.541,26	7.350,00	23	
32	LAFIM	Angehörigengruppe	1.000,00	1.000,00	2.794,04	1.000,00	21	
33	LAFIM	2. Heiferinnenkreis	1.200,00	1.200,00	2.659,04	1.200,00	21	

Lfd. Nr.:	Antragsteller	Projekt	V-lst 2013	Planung 2014	Antrag 2014	Vorschlag 2014	abgestimmte Bewertungspunkte	Bemerkungen
34	LAFIM	Betreuungsgruppe	1.500,00	1.500,00	3.472,55	1.500,00	23	
35	AWO	Suchtberatungsstelle	146.500,00	146.500,00	146.500,00	146.500,00	30	
36	Volkssolidarität	Kontakt- u. Beratungsstelle	9.930,00	9.930,00	14.814,00	9.930,00	25	
37	Volkssolidarität	Heiferinnenkreis	6.315,00	5.693,91	5.693,91	5.693,91	22	
38	Volkssolidarität	Betreuungsgruppe	10.940,00	10.940,00	11.130,00	10.940,00	23	
39	Volkssolidarität	2. Betreuungsgruppe	8.800,00	8.800,00	11.095,00	8.800,00	23	
40	Volkssolidarität	Angehörigengruppe	500,00	500,00	830,00	500,00	20	
41	Volkssolidarität	Selbsthilfe-Kontaktstelle	9.300,00	9.300,00	11.178,00	9.300,00	22	
42	Akademie 2. Lebenshälfte	Alter engagiert sich	7.100,00	7.100,00	8.994,00	7.100,00	21	
43	Akademie 2. Lebenshälfte	Kontaktstelle	5.450,00	5.450,00	14.670,00	5.450,00	24	
44	Akademie 2. Lebenshälfte	Pflegebegleiterinitiative	7.500,00	7.500,00	11.780,50	7.500,00	23	
45	Akademie 2. Lebenshälfte	Ehrenamt in Drewitz	5.270,00	5.270,00	5.886,00	5.270,00	26	
46	Diakonisches Werk Pdm.	KBS f. psych. Kranke Menschen	54.300,00	69.650,00	69.650,00	69.650,00	29	
47	Demokratischer Frauenbund	Sternzeichen: Heiferinnenkreis	2.000,00	2.000,00	11.000,00	2.000,00	22	
48	AIDS-Hilfe	Projektförderung	27.000,00	27.900,00	27.900,00	27.900,00	30	
Summe Gesundheitsprojekte			314.155,00	329.783,91	380.574,79	329.783,91		



Landeshauptstadt Potsdam

Der Oberbürgermeister

Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam, 14461 Potsdam

Arbeitsgruppe
Förderung freier Träger im
Gesundheits- und Sozialbereich

Dienststelle	Fachbereich Soziales und Gesundheit Servicebereich
Dienstgebäude	Hegelallee 6-10, Haus 2
Zimmer	414
Auskunft erteilt	Herr Burchert
Telefon (0331) 289	20 99
Fax (0331) 289	20 52
Ihr Schreiben vom	
Ihr Zeichen	
Mein Zeichen/E-	Lothar.Burchert@SVPotsdam.Brandenburg.de
Datum	07. November 2013

Vermerk zur Beratung am 29.10.2013 über die Projektanträge für das Haushaltsjahr 2014

Teilnehmer:	Frau Dencker	Mitgl. GSA
	Frau Trauth-Koschnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
	Frau Nachtmann	FB Soziales und Gesundheit
	Herr Burchert	FB Soziales und Gesundheit

Frau Schulze und Frau Kindelberger werden schriftlich über die Beratung in Kenntnis gesetzt.

- Es wurden insgesamt 48 eingereichte Projektanträge aus dem Fachbereich Soziales und Gesundheit vorgestellt. Diese Anträge wurden vorab intern im Fachbereich abgestimmt und anhand der Bewertungsmatrix der bestehenden Förderrichtlinie bewertet.
- **Im Wesentlichen wurden die vorgeschlagene Bewertung der Anträge und die Förderanschläge für das Jahr 2014 bestätigt. Es können alle vorgestellten Projekte gefördert werden.**
- **Es wird mindestens die Förderhöhe 2013 abgesichert. Wo Planungs- und Antragshöhe in etwa gleich sind, wird i.d.R. der Antragshöhe (tarifl. und inflationäre Anpassung) entsprochen.**
- **Bei überproportionalen Aufwüchsen wird bei nachvollziehbarer Begründetheit und Angemessenheit max. 50% des Aufwuchses berücksichtigt.**
- Die Details zu den Förderhöhen werden in den nächsten Wochen präzisiert. Die AG-Mitglieder erhalten danach die Übersicht der tatsächlichen Zuwendungsbeträge zu den einzelnen Projekten.
- Die Übersicht der Förderprojekte für 2014 wird dem Sozialausschuss auf der Sitzung am 19.11.13 z. Ktn. gegeben. Wie im vergangenen Jahr sollten die konkreten Beträge jedoch in der öffentlichen Sitzung nicht benannt werden (möglicherweise sind noch nicht alle Detailfragen abschließend mit den Antragstellern geklärt).
- Die fachliche Begleitung und die Evaluation der einzelnen Projekte ist weiter vorzunehmen, um somit für die Zukunft aussagefähige Angaben bzgl. einer weiterführenden Förderung erhalten zu können. Schwerpunkte bilden dabei solche Projekte, die den demografischen und gesellschaftlichen Wandel berücksichtigen bzw. darauf Einfluss haben.

gez. Burchert

Anlage: Übersicht Förderprojekte 2014



Landeshauptstadt Potsdam
Stadtkasse
Mittelbrandenburgische
Sparkasse in Potsdam
Konto-Nr.: 350 222 153 6
Bankleitzahl: 160 500 00
IBAN: DE65 1605 0000 3502 2215 36

Sprechzeiten:
Dienstag
9.00 bis 18.00 Uhr
Donnerstag
9.00 bis 12.00 Uhr und
13.00 bis 16.00 Uhr

Telefonzentrale: (0331) 289 0
Zentrales Fax: (0331) 289 11 55
Adresse für Frachtsendungen:
Stadtverwaltung Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam
1 Die Abwicklung rechtsverbindlichen Schriftverkehrs

Auszug Bewertungsmatrix für Projekt lfd. Nr. 1

Antrag für das Haushaltsjahr 2014

Projekt: AFZ, Beratungsstelle für Frauen und Mädchen

Bewertungsmatrix: Förderanträge Soziales	Gewicht	mögliche Punkte	Punktvergabe	Kriterienwert
1) Einschätzung Bedarf	2	max. 20/ 59%		
Ist das Angebot fachlich/inhaltlich grundsätzlich a) notwendig b) wünschenswert oder c) verzichtbar	2	a=2, b=1, c=0	2	4
Ist das Angebot dem Grunde nach a) ein Pflichtangebot oder b) ein freiwilliges Angebot	2	a=2, b=1	1	2
Bewertung des Projektinhalts (Ausmaß der Minderung des individuellen Hilfebedarfs durch Projekt; a=sehr groß, b=mäßig, c=keine oder geringe)	2	a=2, b=1, c=0	2	4
Sozialräumliche Einordnung des Bedarfs (a=unversorgter/unterversorgter SR <u>oder</u> Einordnung in SR nicht relevant, b=versorgter SR, c=überversorgter SR)	2	a=2, b=1, c=0	2	4
Hat das Angebot Pilotcharakter bzw. hat es einen innovativen Ansatz? (a=ja, b=nein)	2	a=2, b=0	0	0
2) Qualität Angebot	1	max. 10/ 29%		
Erfahrungen des Trägers in der Projektumsetzung (a=ja, b=nein)	1	a=2, b=0	2	2
Bewertung der Infrastruktur des Trägers (a=sehr gut, b=mäßig/noch unbekannt, c=schlecht)	1	a=2, b=1, c=0	2	2
Einschätzung Qualifikation Personal (a=sehr gut <u>oder</u> Personalqualifikation nicht relevant, b=mäßig/noch unbekannt, c=schlecht)	1	a=2, b=1, c=0	2	2
Unmittelbare Umsetzbarkeit des Angebots (a=ja, b=nein)	1	a=2, b=0	2	2
Netzwerkbildung/Projektpartnerschaft: trägt das Projekt zur Netzwerkbildung/Vernetzung bestehender Hilfeangebote bei? (a=ja, b=nein)	1	a=2, b=0	2	2
3) Finanzierungsanteil Stadt	1	max. 4/ 12%		
a=Finanzanteil unter 50%, b=50 bis 75%, c=Finanzanteil über 75%	1	a=2, b=1, c=0	2	2
Folgekosten für Stadt bei Nichtbewilligung des Angebots (a=finanzielle Mehrbelastung, b=keine Mehrbelastung)	1	a=2, b=0	2	2
Summe Punkte (von 34)				28
In % (von 100)				82,35



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0684

öffentlich

Betreff:
Management Wohnen

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 22.10.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

06.11.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Umsetzung des lokalen Teilhabeplans die notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau einer Managementstelle zur Koordinierung und Bereitstellung von Informationen zum Wohnungsbestand in Potsdam zur bedarfsorientierten Vermittlung von vorhandenem Wohnraum zu schaffen.

Ziel der Stelle soll die bedarfsgerechte Vermittlung von vorhandenem Wohnraum vor allem für Menschen mit Behinderung und für ältere Bürgerinnen und Bürger in Potsdam sein.

Die Stadtverordnetenversammlung soll in ihrer Sitzung am 29. Januar 2014 über den Stand der Vorbereitungen informiert werden.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig mit Stimmenmehrheit Ja Nein Enthaltung

erledigt abgelehnt

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Lokalen Teilhabeplan in Umsetzung der UN- BRK zur Kenntnis genommen.

Das für das Aufgabenfeld „Barrierefrei Wohnen“ festgelegte Ziel ist die Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum und das Recht auf selbstbestimmtes und eigenständiges Wohnen.

Als Möglichkeit zur Umsetzung der Maßnahme wurde der Aufbau der Stelle Wohnungsmanagement im Punkt 4.2.3. aufgezeigt, jedoch zeitlich nicht untersetzt.

Hintergrund ist die Dynamik des Potsdamer Wohnungsmarktes, der den speziellen Anforderungen und Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung und für ältere Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht wird. Die Stelle soll dazu dienen, entsprechende Angebote des Potsdamer Wohnungsmarkts zu kanalisieren und den Betroffenen Wohnraum, in enger Zusammenarbeit mit den Genossenschaften und der Pro Potsdam, bedarfsorientiert und zeitnah zu vermitteln.

Dafür sollen alle Informationen über geeigneten Wohnraum gebündelt und die Rolle der LHP als Dienstleister für die Bürger und die Wohnungsunternehmen gestärkt werden.

Der Oberbürgermeister hat mit geeigneten Maßnahmen sicherzustellen, dass den Betroffenen ihren Bedürfnissen entsprechender Wohnraum zeitnah und bezahlbar zur Verfügung gestellt wird.